

Bündnis faire Energiewende



Die Energiewende bezahlbar machen!

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist gesellschaftlicher Konsens – solange er für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleibt.

Die ständig steigenden Stromkosten haben seit einigen Jahren allerdings ein Niveau erreicht, das allen Beteiligten deutlich macht: „ES KANN SO NICHT WEITERGEHEN!“. Die Energiepolitikkosten sind mittlerweile ein erheblicher Standortnachteil und können die Energiewende scheitern lassen.

Zahlreiche Vorschläge zu einer Systemumstellung der Finanzierung der Energiewende zeigen, wie die Kosten für die Verbraucher gesenkt werden könnten.

Das Bündnis faire Energiewende begrüßt, dass die politisch Handelnden sowohl auf Bundes- wie auf Länderebene ebenso wie zahlreiche Institutionen das Kostenproblem mittlerweile erkennen und intensiv über Lösungsmöglichkeiten diskutieren.

Fast alle vorgelegten Vorschläge klingen im ersten Moment konzeptionell sinnvoll, werden aber absehbar in der Praxis scheitern, da sie die Regelungskomplexität weiter erhöhen würden, ohne das Problem im Kern zu lösen. Ein Grund dafür ist, dass die meisten Vorschläge nur bestimmte Verbrauchergruppen begünstigen und nur Teillösungen liefern.

Neben den explodierenden Kosten überfordert und verunsichert das kaum noch beherrschbare Chaos gesetzlicher Unklarheiten, Verzweigungen und Ausnahmetatbestände mit entsprechend hilflosen Behörden viele mittelständische Betriebe.

Investitionen, die für die Unternehmen und die Wertschöpfung in Deutschland dringend notwendig wären, werden durch explodierende Kosten und deren bereits auf mittlere Sicht völlig fehlende Kalkulierbarkeit verhindert.

Das Chaos wird sich mit jeder Änderung am bestehenden Umlagesystem weiter vergrößern, das belegen die Erfahrungen der letzten Jahre eindrucksvoll. Die weitere unveränderte Finanzierung der Energiewende „über die Stromrechnung“ wird das System zum Scheitern bringen.

Das Bündnis faire Energiewende beschäftigt sich seit Jahren mit den verschiedenen Vorschlägen und fordert die vollständige Abkehr weg von der umlagebasierten Finanzierung hin zu einer fairen, demokratisch legitimierten Finanzierung.

Die einzig saubere und praxistaugliche Lösung des Kostenproblems ist die vollständige Übernahme aller Kosten der Energiewende von der Stromrechnung in den Bundeshaushalt.

Auf diese Weise würden

- die Energiewende einer sachgerechten Kostenkontrolle unterzogen und die Kosten transparenter,
- die Zukunftsenergie Strom nicht länger unnötig verteuert,
- alle Haushalte und Unternehmen sofort und spürbarer entlastet als durch jedes „Steuergeschenk“, das sozial schwachen Menschen nicht hilft, da diese ohnehin keine Steuern bezahlen
- Investitionen in Energieeffizienz und Mitarbeiter nicht weiter „bestraft“,
- Investitionen insgesamt wieder kalkulierbar und so die notwendigen privaten Investitionsmittel zur Umsetzung der Energiewende (Netzausbau, Netzreservekapazitäten, Speichertechnologien) freigesetzt,
- der von vielen beklagte Investitionsstau in der Privatwirtschaft langsam aufgelöst,
- nur wirtschaftlich leistungsfähige Steuerzahler einen Beitrag über die Einkommen- und Körperschaftssteuer leisten,
- durch den Wegfall der deutschen „Sonderbelastung“ die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und anderer betroffener Sektoren wieder hergestellt,
- die rechtlichen Unsicherheiten und bestehende wie „gefühlte“ Ungleichbehandlungen bei den Stromkosten beendet,
- die Finanzierung der Energiewende gegenüber EU-rechtlichen Einwänden gesichert und
- die Verantwortung für das gesamtgesellschaftliche Projekt Energiewende von der „bequemen“ Stromrechnung wieder stärker in die Politik zurückgeführt.

Die politisch Verantwortlichen müssen unverzüglich handeln. Private Haushalte und Unternehmen in Deutschland können die Energiewende nicht länger über die Stromrechnung bezahlen. Ein Systemwechsel bei der Finanzierung der Energiewende ist parteiübergreifend und gesamtgesellschaftlich mehrheitsfähig. Nur mit einer demokratisch legitimierten, gerechten und nachhaltigen Finanzierung über den Bundeshaushalt kann die Energiewende noch ein Erfolg werden.

Bündnis faire Energiewende:

Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V.

Postfach 10 19 61
40010 Düsseldorf
Tel.: +49 211 6871-0
Fax: +49 211 6871-33
info@bdguss.de
www.bdguss.de

Bundesverband Keramische Industrie e. V.

Schillerstraße 17
95100 Selb
Tel.: +49 9287 808-0
Fax: +49 9287 704-92
info@keramverband.de
www.keramverbaende.de

FDBR e.V. - Fachverband Anlagenbau

Sternstraße 36
40479 Düsseldorf
Telefon: +49 211 4 98 70-0
Telefax: +49 211 4 98 70-36
info@fdbr.de
www.fdbr.de

Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.

Reinhardtstr. 14 - 16
10117 Berlin
Tel.: +49 30 7262 20-0
Fax: +49 30 7262 20-44
info@textil-mode.de
www.textil-mode.de

GKV Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V.

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg
Tel.: +49 6172 9266-61
Fax: +49 6172 9266-74
info@gkv.de
www.gkv.de

wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V.

Zeppelinallee 69
60487 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 7936-0
Fax: +49 69 7936-140
info@wdk.de
www.wdk.de

Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V.

Uerdinger Str. 58 - 62
40474 Düsseldorf
Tel.: +49 211 957868-22
Fax: +49 211 957868-40
info@wsm-net.de
www.wsm-net.de

Die vorbezeichneten Verbände repräsentieren rund 10 000 Unternehmen, die ca. 1 Million Mitarbeiter beschäftigen und mehr als 200 Milliarden Euro umsetzen.